

Wider die Ökonomisierung des Lebendigen

Feministische Perspektiven auf Wege aus der Vielfachkrise

Christa Wichterich

Livelihood und Care

Im Vorfeld der UN-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 wurde in feministischen Debatten das Konzept von *livelihood* – Lebensgrundlagen – wieder aufgegriffen (Harcourt 2012). Es war von Frauen aus dem globalen Süden, vor allem vom Netzwerk DAWN, in der durch Verschuldung, Strukturanpassungsprogrammen und Umweltschäden verursachten Vielfachkrise am Ende der 1980er Jahre entwickelt worden. Im Konzept sichere Lebensgrundlagen (*sustained livelihood*) sind die lokalen Reproduktionsbedingungen, die Mikrokosmen der alltäglichen Überlebenssicherung, in denen Ökonomie, Ökologie und Soziales ein untrennbares Ganzes bilden, die Schlüsselkategorie für Entwicklung (DAWN 1992). DAWN konzipierte den *Livelihood*-Ansatz explizit als Gegenkonzept zu einem universellen Entwicklungsparadigma. Das entwarf für die Länder des globalen Südens eine Makrostrategie nachholender wachstumsorientierter Entwicklung, die vermittelt über Strukturanpassung, Exportproduktion und Handelsliberalisierung zu verstärkter Natur- und Ressourcenausbeutung zwingt.

Das *Livelihood*-Konzept beansprucht die Reproduktionsperspektive von »grassroots«-Frauen auf dem Land zu vertreten und konstruiert so – nicht frei von essentialistischen Zügen – eine Identität der »armen Süd-Frau« (Kerner 1999). Es geht von verschiedenen sozialen und natürlichen Umwelten aus, die in ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen, d.h. als Ganzes betrachtet werden, weil sie als Ganzes ge- und erlebt werden. »Our first environment is our body, our children, families, communities and the earth that sustains us« (DAWN 1992: 1). Die Umwelten sind in die Körper und Subjektivitäten eingeschrieben (*embodied*), Lebenswelt und Alltagshandeln sind in die Umwelten eingebettet (*embedded*), die Umwelten interagieren und beeinflussen sich wechselseitig oder sind aus der Perspektive sozialer Reproduktion untrennbar verschränkt und verbunden durch sorgendes, erhaltendes, schützendes Handeln und Wissen (*connected*). »Poor women's lives are not compartmentalised and their work is not seasonal.« (DAWN 1992, 21)

Diese genuin holistische Perspektive des Ökofeminismus stand im Widerspruch zum dreisäuligen Modell des Nachhaltigkeitsparadigmas. Die Zielorientierung der Nachhaltigkeit sollte die zunächst getrennt gedachten Sektoren Ökonomie, Ökologie und Soziales querschnittig verbinden, und zwar durch Global Governance, d.h. Regulierung von oben und durch Mitbestimmung und Mitgestaltung von unten, Local Governance.

Die Beziehung der Frauen auf das Soziale und Umwelt wird als Für- und Vorsorge, Pflege und Schutz, also aus einer Sorgelogik heraus konstruiert. Aus dieser Sicht sind die Arbeit und das Wissen, die soziale Reproduktion und natürliche Regeneration

sichern, auf dieselbe Weise von Unterwerfung und Zerstörung bedroht wie die Natur selbst. »Our capacities to sustain our livelihoods and care for our families, our link with our communities and the earth is being destroyed. Our knowledge of the earth and its care is being destroyed ... The earth is being raped for profit.« (DAWN 1992, 4). Damit ist der Widerspruch zwischen der Logik des Profits und der Logik der Versorgung beleuchtet, der später zum Springpunkt feministischer Ökonomik wurde. *Care* ist die zentrale Vermittlungskategorie.

Gleichheit beim Wachstum oder Herrschaftskritik

Livelihood als wichtiger Referenzpunkt findet sich in der *Women's Action Agenda 21*, die Frauenorganisationen als Positionspapier vor der Rio-Konferenz 1992 formulierten, wieder. Der Caucus der Frauen aus dem globalen Süden betonte, dass »people have the right to sustainable livelihoods which encompass every aspect of human well being: material, spiritual, cultural, ecological and political.« Zwar enthält dieser Aktionsplan ebenfalls einen stark ökofeministisch-essentialistischen Duktus, der vor allem in bezug auf die Koexistenz mit der Natur und dem Respekt vor deren Eigenrechten das andinische Konzept des *buen vivir* vorwegnimmt. Trotzdem zeichnen sich die Konturen für eine feministische politische Ökologie und eine feministische politische Ökonomie ab.

»...Human beings are part of the web of life, not above its laws. We have a special responsibility to respect all of the Earth community, including our air, water, soil and natural resources, our fauna and flora, and the atmosphere that shelters us. As caring women, we speak on behalf of ... the millions of women who experience daily the violence of environmental degradation, poverty, and exploitation of their work and bodies. As long as Nature and women are abused by a so-called 'free market' ideology and wrong concepts of »economic growth,« there can be no environmental security.« (WEDO 1992, 16)

Die Frauen-Agenda ist mehrdimensional herrschaftskritisch, bezogen auf die verschiedenen Umwelten, nämlich das Nord-Süd-Verhältnis, den kapitalistischen Markt, den militärisch-industriell-technologischen Komplex, gewaltförmige Naturausbeutung, soziale Ungleichheit und patriarchale Geschlechterverhältnisse. Ausgehend von dieser Herrschaftskritik plädiert der Aktionsplan für eine neue Ethik des Wirtschaftens und des Naturbezugs mit einer Wahrung biologischer und kultureller Vielfalt, sowie für ein Empowerment von Frauen durch reproduktive und Ressourcenrechte, Partizipation und Entscheidungsmacht.

Die Agenda verfolgt eine Doppelperspektive: einerseits Inklusion, Partizipation und Gleichheit in Governance auf allen politischen Ebenen zu fordern, andererseits mit der Vision einer Remoralisierung des Wirtschaftens und der Naturbezüge eine Systemtransformation anzufordern. Der Erfolg dieser Strategie war, dass Frauen in den UN-Prozessen als wichtige Nachhaltigkeitsakteurinnen anerkannt wurden und ihnen als Gender-Mindeststandards Partizipation an Entscheidungen wie auch gleiche Eigentums- und Erbrechte als Grundausstattung des freien bürgerlichen Marktakteurs, des homo oeconomicus, zugebilligt wurden. Die Würdigung von Frauen als »privileged environmental managers« verweist jedoch auf die Inklusion in das Konzept von Umweltmanagement und Ökoeffizienz analog zur ökonomischen

Effizienz. Das Konzept von *Livelihoods* wird dabei in einer auf Erwerbsarbeit und Geldeinkommen reduzierten Form aufgenommen: »*provide all persons urgently with the opportunities to earn a sustainable livelihood*« (Krishna 2012,14).

Zwar erwies sich die Unterstellung eines politischen Kollektivs »Frauen« beim Lobbying und beim Gender Mainstreaming in der politischen Verhandlungspraxis als durchsetzungsmächtig, allerdings meist um den Preis, dass die Herrschaftskritik von Geschlechterpolitik entschärft und ihre Dynamik auf Gleichstellung und Inklusion reduziert wurde.

Dagegen hat die feministische Strukturkritik an Entwicklung durch ressourcen- und energieintensive Wachstumsökonomie kaum Eingang in die offiziellen politischen Programme gefunden. Im Gegenteil: diese lebt von einem Optimismus gegenüber Markt-, Effizienz- und Techniklösungen der Umwelt- und Entwicklungsprobleme, aber auch von einem Optimismus in bezug auf politische Regulierung, internationale Konsensfähigkeit und Partizipation zivilgesellschaftlicher Kräfte, inklusive der Privatwirtschaft, von der lokalen bis zur globalen Governance. Marktförmige und technologische Ansätze von Umweltmanagement und Ökoeffizienz bestimmten die Leitidee von Nachhaltigkeit.

Das Modell kapitalgesteuerten Wachstums und der nachholenden Entwicklung setzten sich in immer mehr Ländern des globalen Südens und Ostens durch. Durch den schnellen Wirtschaftsaufstieg der BRICS-Staaten entstanden polyzentrische Prozesse der Globalisierung auf Grundlage ressourcen- und energieintensiver Industrialisierung mit hohen ökologischen Kosten. Trotz enormer Technologieentwicklungen gelang es nicht, BIP-Wachstum und Güterwohlstand von Ressourcenverbrauch und Emissionen zu entkoppeln. In einigen Bereichen löste Effizienzsteigerung Rebound-Effekte aus und letztendlich einen erhöhten Naturverbrauch (Jackson 2010). Wachstum und Expansion durch die Liberalisierung von Investitionen und Handel führten zur Überausbeutung von Ressourcen, Biodiversitätsverlusten und multiplen Umweltproblemen und 2007/8 in die derzeit anhaltende Vielfachkrise. Diese Globalisierung des wachstumsgerichteten Entwicklungsmodells vergrößerte aber auch die sozialen Ungleichheiten innerhalb und zwischen Gesellschaften und erzeugte eine chronische sozial-ökologische Gerechtigkeitskrise. Gleichzeitig verstärkt der globalisierte Standortwettbewerb gerade unter den Vorzeichen der dramatischen Verknappung vieler Ressourcen ein zerstörerisches Rennen auf eben diese Ressourcen, vor allem auf Energie, Land und Mineralien.

Gender und Frauen spielen in makro- und entwicklungspolitischen Programmen genau an der Schnittstelle von Wachstum und Nachhaltigkeit bzw. für nachhaltiges Wachstum eine wichtige Rolle. Angesichts der Krisen legitimierten die Weltbank, das Weltwirtschaftsforum in Davos und die EU Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung damit, dass Frauen Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum steigern würden. Mit der flotten Definition von Geschlechtergleichheit als »smart economics« und dem Lob auf Marktinklusion von Frauen als beste Methode zur Effizienz- und Wachstumsoptimierung gewann die Weltbank in der Krise entwicklungs- und genderpolitische Hegemonie gegenüber menschenrechtlichen, feministischen und genderpolitischen Rechtsansätzen (Worldbank 2011). Ökonomische Kosten oder Nutzen sind für sie der zentrale Maßstab zur Bewertung von Geschlechterverhältnissen.

Die Analyse von »gender gaps« rückt zwar, wie lange von Frauenbewegungen gefordert, Geschlechterungleichheit ins Zentrum, aber die Beseitigung der »gender

gaps« bedeutet überwiegend Anpassung der Frau an die männliche Norm des homo oeconomicus. Zwar wird auch die unbezahlte Sorgearbeit von Frauen im Weltentwicklungsbericht 2011/12 der Weltbank wahrgenommen, aber abgewertet und primär als »fehlallokierte« Zeit- und Arbeitsbelastung und als Einschränkung für bezahlte Beschäftigung betrachtet.

Green Economy als Krisenlösung

Die UN und eine Reihe westlich dominierter Institutionen stellten in jüngster Vergangenheit Konzepte eines *Green New Deal* oder einer *Green Economy* vor, um Wege sowohl aus der Finanzkrise als auch aus der Energiekrise und dem Klimawandel aufzuzeigen. Der *Global Green New Deal* von UNEP, dem UN-Umweltprogramm, formulierte drei Ziele 1) wirtschaftliche Erholung, 2) Armutsminderung und 3) Reduktion der Kohlestoffemissionen und der Umweltdegradierung durch Umsteuern auf grüne Investitionen, grüne Jobs und grüne Technologien (2011). Den UNEP-Bericht, das OECD-Konzept von »*Green Growth*« (2011) und den EU-Fahrplan für eine »competitive low-carbon economy« (2011) verbindet, dass ein Übergang von der braunen zur grünen Ökonomie, ein »alternatives Paradigma« und ein »fundamentales Neudenken der Ökonomie« jenseits des *business as usual* angekündigt und normativ-strategisch formuliert werden.

Prioritäres Anliegen dieser Makro-Konzepte ist jedoch die Vernachlässigung von Wachstum und Rentabilität durch die grüne Rekonfiguration von Geschäftsfeldern. Dies beruht auf einem Vertrauen in die »Macht der Märkte« und in die Begrünung als Wachstumsmotor. Die OECD hält die Ökologisierung für unabdingbar für das Ziel der Wachstumsmaximierung.

In bezug auf die soziale Kategorie Gender und Frauen argumentieren die Konzepte Grüner Ökonomie neutral und – mit wenigen Ausnahmen – strukturell blind. In makro- und entwicklungspolitischen Programmen spielten Gender und Frauen jedoch genau an der Schnittstelle von Wachstum und Nachhaltigkeit bzw. für nachhaltiges Wachstum eine wichtige Rolle. In der grünen Ökonomie sollen transnationale Wertschöpfungsketten lokale Ressourcen und Livelihoods mit der Verwertung und dem Handel auf dem Weltmarkt verbinden. Sie gelten als wichtigste Strategie, um Arme und ressourcenschwache Wirtschaftsakteur_innen, darunter viele Frauen, in die Märkte zu integrieren und ein Geldeinkommen zu erwerben, allerdings in Strukturen, über die sie keine Kontrolle haben (Royal Tropical Institute 2012).

Die Privatwirtschaft erfindet immer »neue inklusive Geschäftsmodelle« wie Outsourcing, contract farming und Franchise um schwache und marginale Marktakteur_innen als Land- und Waldnutzer_innen in Wertschöpfungsketten des »inkluisiven Agribusiness« einzubeziehen (GIZ 2012). Vermittelt über die Nutzer_innen und Eigner_innen vor Ort werden so die Livelihoods mit den lokalen Ressourcen und Senken der Kommodifizierung und Vermarktung zugänglich gemacht. Damit verleiht sich der kapitalistische Markt aber auch Produktions- und Austauschformen ein, die seiner Verwertungslogik bislang nicht vollständig unterworfen waren, sondern sozialen, ökologischen und moralischen Prinzipien gehorchten.

UNRISD, das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der UN, warnt vor sozial unfairen Auswirkungen der Grünen Ökonomie. Den Konzepten fehlt ein konsistenter Menschenrechtsansatz ebenso wie ein kohärentes Konzept von Gerechtigkeit,

Umverteilung und sozialer Nachhaltigkeit (UNRISD 2012). Nidhi Tandon betont, dass jede grüne Ökonomie, die auf inklusives oder pro-poor Wachstum zielt, auf der Ebene der lokalen Gemeinschaften und der alltäglichen Reproduktion ansetzen muss, statt auf technologische und marktförmige Lösungen und Finanzialisierung zu fokussieren (Tandon 2012). Women's World March, Via Campesina und World Rainforest Movement lehnen das hegemoniale Konzept von Green Economy als eine Begrünung kapitalistischen Wachstums ab, die einen neokolonialen Raubbau an den Ressourcen im globalen Süden legitimieren würde (wrm 2012).

Ökonomisierung als Naturschutz

Die Green Economy ist Teil einer umfassenden Ökonomisierung der Natur, d.h. die In-Wert-Setzung, Vermarktung und Finanzialisierung von »Naturkapital«. Diese Ökonomisierung, die wichtigste Veränderungstendenz der jüngsten Vergangenheit, greift das Argument der ökologischen Ökonomik auf, dass ökologische Kosten, die bislang externalisiert und unsichtbar gemacht werden, in den Markt und die Preise internalisiert werden müssen. Die beste Methode des Umwelt- und Naturschutzes sei folglich, Teile der Natur wie auch Umweltdienstleistungen in Wert zu setzen und sie mit einem monetären Preis zu versehen (McAfee 2011). Als bepreiste Ware werden sie handelbar und erfahren damit eine in Geld ausgedrückte Aufwertung und Sichtbarkeit. TRIPS und die Patentierung von genetischen Ressourcen haben die Biodiversität in einen milliardenschweren Markt verwandelt. Nicolas Sterns Konzept der *Economics of Climate Change* (2006) führte zum Handel mit Emissionsrechten und Clean-Development-Zertifikaten, Konzepte der Zugangs- und Vorteilsteilung oder REDD+ gelten als innovative Finanzierungsmechanismen zum Wald- und Biodiversitätsschutz. Die TEEB-Studie, *The Economics of Ecosystems and Biodiversity* (2010), berechnet systematisch den ökonomischen Wert von Ökosystemleistungen und der Natur.

Sie liefert damit auch handfeste Maßstäbe, um auf Natur zu spekulieren. Berechnung, Bewertung und marktökonomische Verwertung folgen unmittelbar auseinander. Über die realwirtschaftlichen Land-, Wasser-, Gen- und Kohlestoffmärkte wölben sich an den Börsen zunehmend Finanzialisierungsblasen. Am Rande der Rio+20-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung 2012 verabschiedeten drei Dutzend Banken, Versicherungen und Investmentfonds als ihren Beitrag zur Green Economy eine »Natural Capital Declaration«: sie wollen Naturkapital erhalten, indem sie es in rentable Finanzmarktprodukte verwandeln. Die Spekulation z.B. auf Wetter, Ernten und Nahrungsmittelpreise, und die Wertschöpfungsketten von Future-Produkten, Hedgefonds oder Derivaten erzeugen Hunger in einer Welt des Überflusses und zerstören soziale und ökologische Sicherheiten – ein diametraler Widerspruch zwischen der Renditelogik kapitalistischer Märkte und der Logik sozialer und natürlicher Reproduktion (Salleh 2012).

Das Prinzip des Zugangs- und Vorteilsausgleichs oder Mechanismen wie REDD+ sind Instrumente des inklusiven Liberalismus, d.h. der Öffnung von Marktsektoren für bisher Exkludierte oder Marginalisierte (Porter/Craig 2004; Dörre/Lessenich/Rosa 2009). Mit dem Versprechen auf eine Win-Win-Situation sollen lokale Bevölkerungsgruppen, die Böden, Wald und Biodiversität nutzen und erhalten, an den Gewinnen aus der Vermarktung der Ressourcen – sei es durch Patentierung oder aus

dem Handel mit Zertifikaten für CO₂-Senken – beteiligt werden. Die Ökonomisierung der Natur soll also sowohl dem Naturschutz dienen als auch soziale Gewinne abwerfen. Frauen sind als Hüterinnen des Saatguts, als Bewahrerinnen biologischer Vielfalt und lokalen Wissens, als Kleinbäuerinnen und Küchengärtnerinnen und als Zuständige für die Kochenergie ländlicher Haushalte eine besondere Zielgruppe dieses inklusiven Liberalismus und der Nutzung des globalen Südens als Senke. Dies könnte auch eine Erklärung dafür sein, dass neuerdings selbst multilaterale Verhandlungen, die nahezu ergebnislos, weil nicht konsensfähig sind, dennoch Gender-Aktionspläne verabschieden oder Beschlüsse über die quantitative Repräsentanz von Frauen in Delegationen und Gremien fassen.

Von Livelihoods bis zu buen vivir

Lokale Gruppierungen, Kleinbäuer_innen und Solidaritätsakteur_innen entwickeln alternative Praktiken, die quer liegen zu der Ökoeffizienz, dem Akkumulationstrieb und der Konkurrenz auf grünen und braunen Märkten. Aus *livelihood*-Interesse fordern lokale Gruppen Ressourcenrechte an der Biodiversität und an Saatgut, Energiedemokratie, Ernährungs- und Wassersouveränität und an öffentlichen Räumen und Strukturen in der Stadt – alles Konzepte, die ein *Commoning*, die Konstituierung von Commons durch selbstbestimmte Gestaltungs- und Regelungsregime notwendig machen. 2009 wurde auf dem Weltsozialforum in Belem ein »Globales Netzwerk zu Frauen und ein Recht auf Livelihood« gegründet (pwescr 2009). Beim »environmentalism of the poor« geht es zuallererst um »Verteidigung ihrer Lebensrechte«, weniger um Naturschutz (Martinez-Alier 2002; Sachs 2003).

Gleichzeitig wurde im Kontext des globalen Neoliberalismus der Ruf nach einer herrschafts- und hierarchiekritische Repolitisierung von Geschlechterdiskursen und Naturbezügen z.B. statt ökofeministischer »Romantisierung« und statt post-strukturalistischer Auflösung der Kategorie Gender gefordert (MacGregor 2010; Elmhirst 2011; Hawkins/Ojeda (2011). Seit Jahren fand eine zunehmende Ablösung vom Essentialismus der zweiten westlichen Frauenbewegung statt. Feministische politische Ökologie kontextualisiert geschlechtsspezifische ökologische Handlungsmuster und Naturbezüge in ihrem komplexen kulturellen und sozialen Bedingungs-nexus und intersektional, nämlich aus der Perspektive der Überschneidung der sozialen Kategorie Geschlecht mit anderen Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen wie Klasse und Kaste, Ethnie, Alter, Herkunft, Sexualität etc. Feministische politische Ökologie analysiert und bricht mit der vermeintlichen Homogenität und Universalität von Geschlechtsidentitäten (Rocheleau 1996).

Sie dekonstruiert vermachtete Geschlechterverhältnisse ebenso wie vermachtete Naturverhältnisse in einem Mehrebenenansatz von der lokalen Mikro- bis zur globalen Makroebene. Sie spannt immer wieder den Bogen zwischen lebens- und alltagsweltlichen Zusammenhängen, den Livelihoods, den Produktions- und Lebensweisen einerseits und den Politiken und der politischen Ökonomie andererseits.

Im Zentrum stehen dabei erneut Livelihoods und Lebenswelten, vor allem aber auch *Care*, das Sorgen um, Versorgen und Erhalten von Mensch und Natur. MacGregor sieht *Care* als Konstituenz von feministisch ökologischer *Citizenship* – unzulänglich übersetzt mit Bürgerschaftlichkeit – und als Handlungslogik, die die Trennung von privat und öffentlich, Produktion und Reproduktion überwindet. Diese Logik

widersetzt sich sowohl in der Alltagspraxis als auch in politischen Kämpfen an der Basis der Privatisierung von Gemeingütern und der Verschiebung von ökologischen und sozialen Risiken in die Haushaltsökonomien wie auch der Finanzialisierung von Natur und der Ökonomisierung von Umweltproblemen (auch Charkiewitz 2012).

Ein wichtiges Gegenmodell zur neoliberalen Globalisierung angesichts der Krise von Visionen ist das Konzept des *buen vivir* – *sumak kawsay* –, das Indigene in den Anden auf Grundlage ihrer Kosmvision und aus postkolonialer Perspektive als Alternative zur westlichen Zivilisation und zum dominanten Entwicklungsmodell erproben und das in die Verfassungen von Bolivien und Ecuador eingegangen ist »in Diversität und Harmonie mit der Natur, um das gute Leben zu erreichen ... gegen alle Formen von Herrschaft und Kolonialismus« (Verfassung von Ecuador). Ein Dreh- und Angelpunkt dieses Konzepts ist der Respekt für die Natur – Pachamama – als Rechtssubjekt und die Ko-Existenz von Mensch und Natur in kultureller, sozialer und biologischer Diversität. Darin aufgehoben ist das *livelihood*-Konzept mit einer Wertschätzung aller Formen von Arbeit und der Überwindung der Trennung von Produktion und Reproduktion.

Trotz dieses geographisch lokalisierten, umfassenden Gegenmodells sind der Widerstand gegen die Ökonomisierung von allem Lebendigem, Körpern und Natur und die entsprechende neue Protestgeneration ist nicht mehr gekennzeichnet durch eine große Utopie und die Hoffnung auf die große Transformation. Im Vordergrund stehen die vielen kleinen Transformationen, die Suche nach strategischen Übergängen und demokratischen und solidarischen Handlungsalternativen basierend auf einer sozialen und kulturellen Heterogenität der Akteur_innen. Immer in der Hoffnung aus einer feministischen Perspektive Emanzipatorisches und Transformatorisches verbinden zu können.

Literatur

- Charkiewicz, Ewa (2012) Von Biopolitiken zu Nekropolitiken? Eine feministische Kritik des diskurses zum Klimawandel, in: Caglar, Gülay/ Maria do Mar Castro Varela / Helen Schwenken (Hg.) *Geschlecht – Macht – Klima*, Berlin/Toronto, 191-203.
- DAWN/ Wiltshire, Rosina (1992) *Environment and Development: Grass Roots Women's perspective*, Barbados.
- Dörre, Klaus/ Stephan Lessenich/ Hartmut Rosa (2009) *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*, Frankfurt.
- Elmhirst, Rebecca (2011) Introducing new feminist political ecologies in: *Geoforum* 42 (2011), 129-132.
- European Commission (2011) *A Roadmap for moving to a competitive low-carbon economy in 2050*, Brussels.
- Federici, Silvia (2011) *Women, Land Struggles, and the Reconstruction of the Commons*. In: *WorkingUSA: the Journal of Labor and Society* 14, 41-56.
- GIZ (2011) *Wirtschaft stärken – Armut reduzieren. Erfahrungen mit dem Wertschöpfungsketten-Ansatz*, Bonn.
- GIZ (2012) *Growing Business with Smallholders. A Guide to Inclusive Agribusiness*. Commissioned by BMZ, Bonn/Berlin
- Hawkins, Roberts/ Ojeda, Diana (Hg.) (2011) *A Discussion*, in: *Environment and Planning: Society and Space*, vol 29, 237-253.
- Harcourt, Wendy (Hg.) (2012) *Women Reclaiming Sustainable Livelihoods. Spaces Lost, Spaces Gained*, Chippenham and Eastbourne.
- Jackson, Tim (2011) *Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München.

- Kerner, Ina (1999) *Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und Postkoloniale Kritik*, Münster.
- Krishna, Sumi (2012) *Redefining Sustainable Livelihoods*, in: Harbourt, Wendy (Hg.) *Women Reclaiming Sustainable Livelihoods. Spaces Lost, Spaces Gained*, Chippenham and Eastbourne, 12-19.
- MacGregor, Sherilyn (2010) *Earthcare or Feminist Ecological citizenship?* In: *femina politica*, 01/2010, 22-32.
- Martinez-Alier, Joan (2002) *The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation*, Cheltenham.
- McAfee, Kathrin (2011) *Nature in the Market-World: Social and Development Consequences and Alternatives*. [www.unrisd.org/80256B42004CCC77/\(httpInfoFiles\)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/\\$file/1-2%20McAfee.pdf](http://www.unrisd.org/80256B42004CCC77/(httpInfoFiles)/3F9726366CFA71A6C12579210032B07B/$file/1-2%20McAfee.pdf) (20. 3. 2013).
- OECD (2011) *Towards Green Growth*, Paris.
- pweschr (2009) *Women and the Right to Livelihoods*, New Delhi.
- Porter, Doug/ David Craig (2004) *The Third way and the Third world: poverty reduction and social inclusion in the rise of inclusive liberalism*, in: *Review of International Political Economy* 11 (2) 387-423.
- Rocheleau, Dianne/ Barbara Thomas-Slayter/ Esther Wangari (Hg.) (1996) *Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experiences*, London.
- Royal Tropical Institut et al. (2012) *Challenging Chains to change. Gender equity in agricultural value chain development*, Amsterdam.
- Sachs, Wolfgang (2003) *Ökologie und Menschenrechte*, Wuppertal Papier 131, Wuppertal.
- Salleh, Ariel (Hg.) (2009) *Eco-Sufficiency and Global Justice*, New York, London.
- Salleh, Ariel (2012) *Rio+20 and the Green Economy: Technocrats, Meta-Industrials, WSF and Occupy*, <http://www.zcommunications.org/rio-20-and-the-green-economy-technocrats-meta-industrials-wsf-and-occupy-by-ariel-salleh> (30. 5. 2013).
- Stern, Nicolas (2006) *Report on the Economics of Climate Change*. Online publication: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk> (20. 3. 2013).
- Tandon, Nidhi (2012) *Empowerment of Women in a Green Economy in the Context of Sustainable Development and Poverty Eradication*. UN-Women Paper for Rio+20 and the Green Economy, Toronto.
- The World Bank (2011) *World Development Report 2012. Gender equality and Development*, Washington D.C.
- UNEP (2011) *Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*. Online publication: www.unep.org/greeneconomy (20. 3. 2013).
- UNRISD (2012) *Social Dimensions of Green Economy*, Research and Policy Brief 12, Geneva.
- WEDO (1992) *Official report, World Women's Congress for a Healthy Planet*, Washington.
- Wichterich, Christa (2012) *Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive*, Berlin.
- World Rainforest Movement (2012) *New crossroads, same actors: The green economy of the powerful, voices of resistance of women*, www.wrm.org.uy/bulletin/176 (30. 5. 2013).